

Die Bundesrepublik Deutschland wird 60! Eine Erfolgsgeschichte?

SEMINAR: „VON DEN GRÜNDUNGSVÄTERN BIS HEUTE – 1945-1990“
23.08.2008, ERBACHER HOF MAINZ

„Der Begriff „Deutschland“ verweist in positiver Weise auf eine tiefe Identifikation und ist in unseren Tagen gleichbedeutend mit Wohlfahrts- und Zivilgesellschaft“, so Andreas Linsenmann von der Universität Mainz in seinem grundlegenden Vortrag.

Der Referent betonte zudem, dass Geschichtsschreibung durch bestimmte Fragestellungen und Perspektiven entstehe, die immer auch eng mit den Fragen und Perspektiven der jeweiligen Generation in Verbindung stehen. Einige Zugriffsmöglichkeiten anhand derer man die deutsche Geschichte einordnen und kategorisieren kann, erläuterte er näher:

- Verständnis Deutschlands als Nation: aus diesem Blickwinkel heraus relativierte die Wende 1989/90 die Bedeutung der Bundesrepublik und markierte das Ende ihrer Westbindung
- Supranationale und internationale Identität Deutschlands: hiernach endete der „deutsche Sonderweg“ 1945
- Geschichte Deutschlands als eine Geschichte der Modernisierungs- und Demokratisierungserfolge: dieses Verständnis begreift Verbindung der Demokratisierung mit wirtschaftlichem Wohlstand, v.a. durch das Wirtschaftswunder, als ein Novum deutscher Geschichte
- Liberalisierung und Westernisierung Deutschlands: dieser Perspektive zufolge
- waren die 60er Jahre eine dynamische Epoche der Fundamentalliberalisierung
- Verständnis von deutscher Geschichte als erst durch das Ende des Zweiten Weltkriegs begründete Geschichte
- Ankunftsgeschichte Deutschlands: hiernach endete eine 1871 begonnene Entwicklung 1990, in dem Jahr, in dem Deutschland in der Wiedervereinigung „ankam“ und die deutsche Frage nicht mehr länger von Bedeutung war
- Hegemoniegeschichte Deutschlands: eine Perspektive, die in erster Linie die wirtschaftliche Potenz Deutschland ins Blickfeld rückt, die vor allem aus französischer Sicht Angst einflößend war
- Niedergangsgeschichte: eine negative Form des Zugriffs auf deutsche Geschichte demzufolge die Bundesrepublik vom stolzen Modell zum Sanierungsfall wurde, weil die Deutschen risikoscheu und machtvorgessen seien („blockierte Republik“)
- zwiespältige Moderne: laut dieser Perspektive werden heutzutage Probleme sichtbar, die politisch falsch gesteuert wurden (z.B. im Hinblick auf sozialpolitische Fragen)
- Normalisierungsgeschichte: diese Auffassung deutscher Geschichte erachtet die Bundesrepublik als „lernende Demokratie“ mit einem festen Platz unter den moder-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

KARL-HEINZ B. VAN LIER

27. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/mainz

nen westlichen demokratischen Verfassungsstaaten, deren einzige Hypothek der Vergangenheit und Spaltung der Nation liegt.

1945, so Linsenmann weiter, war die politische Zukunft der Bundesrepublik noch völlig offen. Als die wichtigsten Etappen zur deutsche Teilung erachtet er die Berlinblockade 1948/49, die Gründung der Bi-Zone, die Währungsreform und den Marshall-Plan der in der Auseinandersetzung über seine Inhalte die deutsche Spaltung noch vertiefte und an dem die noch existierenden Verbindungen zwischen Ost und West zerbrachen. Nach der Verkündung des Grundgesetzes, der die Beratungen im Parlamentarischen Rat und die Übergabe der Frankfurter Dokumente vorausgegangen waren, festigte sich das politische System in den 50er Jahren und erwies sich als sehr stabil, wenngleich sich die Blöcke des Kalten Krieges in der Ost-West-Konfrontation immer evidenter einander gegenüberstanden. Bald begann sich die Bundesrepublik unter Adenauer als treibende Kraft in der europäischen Integration zu etablieren (beginnende Westintegration).

Mit der Stabilisierung nach außen und innen vor allem auch durch den wirtschaftlichen Aufschwung vollzog sich ein Wertewandel zugunsten des demokratischen Systems. Für die Kategorisierung der 68er ist der Referent der Ansicht, dass weder Verteufelung noch Glorifizierung den Fakten und der Wirkung entsprechend gerecht werden können. Vielmehr sei es auch das Jahrzehnt Erhards, Kiesingers und Brandts gewesen, wobei Letzterer die 60er Jahre durch Aufbruchsgestus und seine Ostpolitik prägte. Die 70er Jahre waren dann vor allem durch eine verstärkte Internationalisierung und die beginnende Globalisierung gekennzeichnet, innenpolitisch war in erster Linie Krisenmanagement an der Tagesordnung. Eine geistig-moralische Wende vollzog sich in der Ära Kohl in den 80er Jahren. Diese war außenpolitisch durch eine neue Bedrohungslage durch neue russische Mittelstreckenwaffen, innenpolitisch durch steigende Arbeitslosigkeit und neue gesellschaftliche Strömungen (z.B. die Frauen- und Umweltbewegung) bedingt. Das Jahrzehnt einer weitgehenden

politischen Normalität in der internationalen Politik endete mit dem Untergang eines Unterdrückungsstaats und der Wende 1989/90. Bei allen Mängeln und Schattenseiten ist, so Linsenmann, ist die Frage, ob die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine Erfolgsgeschichte sei, historisch betrachtet eindeutig zu bejahen. Und weiter: „Es ist die Geschichte einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie und einer reformfähigen Wohlstandsgesellschaft, geprägt durch Kontinuität und Stabilität im Innern und nach außen, wie es sie kaum auf der Welt gibt.“

Hieran anschließend widmete sich Freya Klier, Regisseurin, Publizistin und DDR-Bürgerrechtlerin dem Thema „Das 11. Gebot: Du sollst dich erinnern! Die DDR wie sie wirklich war“. Hierbei schilderte sie sehr eindrücklich Autobiographisches wie auch Fakten zum alltäglichen Leben in der DDR. So beschrieb die Referentin die 50er Jahre als Jahrzehnt der Massenflucht (bis 1961 waren ca. 2,6 Millionen Menschen aus der DDR geflohen), in dem sich zwei Extreme einander gegenüberstanden: der Wille, aus der DDR zu flüchten einerseits und der unbändige Aufbauwille im Sinne des Friedens und der humanistischen Entwicklung andererseits. Da ab 1952 nur noch Kinder aus „politisch zuverlässigen Elternhäusern“ Jura studieren konnten, wurde, so Freya Klier, die Entwicklung eines demokratischen Justizwesens systematisch behindert.

Gleichzeitig zeichnete sich der Polizeiapparat der DDR durch personelle Kontinuität aus der NS-Zeit und eine faktische Unantastbarkeit von sich Fehlverhaltenden Beamten aus. Der Mauerbau 1961 war nach Ansicht Kliers in erster Linie durch die Massenfluchten der 50er Jahre bedingt. Zudem hatte der Bau der Mauer zur Folge, dass eine ganze Generation kritischer Elite und Intelligenz abwanderte, was einmalig war in der Geschichte Osteuropas. Daher bezeichnet Freya Klier die Bürger der DDR ab August 1961 als „Schicksalsgemeinschaft“, die sich in den 60er Jahren dem Aufbau des Kollektivsystems auf der Grundlage einer systematischen „Durchmilitarisierung“ gegenübergestellt sah. Seit Mitte der 70er Jahre war bekannt, dass der Ostblock wirt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

KARL-HEINZ B. VAN LIER

27. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/mainz

schaftlich eine ganze Innovationsstufe verschlafen hatte, so dass fortan die gesamte Innenpolitik der DDR daran orientiert wurde, wie dieser Rückstand aufzuholen sei. Die Referentin schilderte, dass das DDR-Regime in der Folgezeit versuchte etwas mehr Flexibilität und Weichheit an den Tag zu legen wenngleich die Kirchen von diesem neuen Kurs nichts spürten. Mit dem Beginn der Ära Gorbatschow in den 80er Jahren begann dann auch der interne Umbau der DDR-Staatssicherheit mit dem Ziel die alte Riege um Honecker allmählich abzulösen.

In den Augen Freya Kliers war es ein Jahrzehnt der Schizophrenie: der langsamen Öffnung der Menschen (z.B. durch Westfernsehen) stand die weiterhin praktizierte Anpassung nach außen und an das Regime gegenüber. Die Wende schließlich, so Klier, entstand durch den Druck aus Moskau und von unten, von Seiten der Bürgerbewegung, nicht aber aus dem Westen.

Ebenfalls größtenteils autobiographisch und sehr eindringlich trug Dr. Helmut Frick, Botschafter a.D., seine Eindrücke im Rahmen seines Vortrags „Der Fall der Mauer – Erlebnisbericht eines hohen Beamten in der Bonner Ständigen Vertretung in Ost-Berlin 1987-1990“ vor. Seinen Schilderungen stellte er voran, dass gerade die Wende auch deshalb eine Erfolgsgeschichte sei, weil es nie zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, was Dr. Frick als ein „Geschenk der Geschichte“ erachtet.

Er habe, so der Referent, Hochachtung vor dem Mut und dem Engagement der DDR-Bürgerrechtler, die sich dem allmächtigen Staatsapparat entgegenstellten.

Weitergehend erläuterte er die Funktion und Stellung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin. Diese unterstand dem Bundeskanzleramt, nicht aber dem Außenministerium, war in der Substanz eine Botschaft, nicht aber im völkerrechtlichen Sinn. Die interne Struktur glich einer interministeriellen Behörde. Zwar war die DDR ein souveräner Staat, Bonn aber hatte lediglich Beziehungen „besonderer Art“ nach Ost-Berlin. Sprach jemand persönlich in der Ständigen Vertretung vor,

so erforderte dies einiges an Mut. Dr. Frick hierzu: „Die Stasi registrierte die Vorgänge ganz genau.“ In der gesamten Vertretung gab es lediglich eine Besprechungskabine, die nicht abgehört wurde. Ansonsten standen alle Vorgänge unter totaler Kontrolle der Staatssicherheit, die auch personell vertreten war. Als er im Juni 1987 seinen Dienst in Ost-Berlin antrat habe er die Hoffnung gehabt, so der Referent, dass eine schrittweise Lockerung stattfinden würde.

Der Evangelische Kirchentag Berlin-Brandenburg im gleichen Jahr hatte ihm – als eine Art „extraterritoriales Gebiet“ - den Eindruck vermittelt, dass eine relativ freie Rede möglich war. „Wir wurden sehr freundlich empfangen und allerorts, vor allem aber in kirchennahen Kreisen, wurde ein Zusammengehörigkeitsgefühl demonstriert“, erinnert der ehemalige Botschafter. Dennoch: die Stasi-Akten verdeutlichten das perfide Element des DDR-Systems. Freunde und enge Kollegen hatten ihn und seine Familie bespitzelt. „Ich war naiv was das anbelangt“, sagt Dr. Frick heute. Die Zeit bis zur Wende 1989/90 stand in der Wahrnehmung Fricks in erster Linie unter dem Eindruck einer Zuspitzung der Verhältnisse (Verhaftungswellen, Abbröckeln der Parteidisziplin der SED) und dem wachsenden Gegensatz zur UdSSR und zur Politik in Moskau.

Sowjetische Zeitungen und Filme wurden reihenweise verboten, weil sie zu fortschrittlich waren. Die Faktoren, die nach Ansicht des ehemaligen Botschafters zur Erosion des DDR-Systems führten waren der Einmarsch in Ungarn, die Verabschiedung der KSZE-Schlussakte, die Einführung des Wehkundeunterrichts in der DDR, die Wahl des polnischen Papstes Johannes Paul II., die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze und nicht zuletzt die Oktoberdemonstrationen.

Für ihn war das Engagement der DDR-Bürgerrechtler maßgeblich, da in der letzten Phase der DDR-Diktatur eine Reform von oben ausblieb. „Die SED-Führung war in ihrem Streben nach Machterhaltung ein kriminelles und menschenverachtendes Regime“, mahnte Dr. Frick abschließend.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

KARL-HEINZ B. VAN LIER

27. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/mainz

Dem Mittagessen schlossen sich die Satirischen Randbemerkungen von Dr. Winfried Rathke an, die er musikalisch und sehr erheiternd mit dem Stück „Im Kühlschrank brennt noch Licht!“ untermalte.

In ihrem zweiten Vortrag im Rahmen dieses Seminars referierte Freya Klier zum Thema „Die Verklärung des Unrechtsstaats DDR“, in dem sie daran erinnerte wie fatal eine Verklärung des DDR-Regimes ist. Trotz des anfänglichen Willens und Wollens, so beschreibt Freya Klier die Befindlichkeiten in Ost und West, zusammenwachsen zu lassen, was zusammen gehört, wurde im gegenseitigen Erkennen nach der Wende die Verschiedenartigkeit deutlich: man hatte 40 Jahre in verschiedenen Systemen gelebt.

Die ehemaligen „Genossen“ zeichneten sich nach der Wende besonders im Bemühen aus, DDR-Volkvermögen u.a. durch Gründungen von GmbHs und verstärkten Gelddruck in der Endphase der DDR (mit dem Ziel zum Zeitpunkt der Währungsunion entsprechende Barvermögen eintauschen zu können) in die eigene Tasche zu wirtschaften. Juristisch war hierfür niemand zu belangen, so die ehemalige Bürgerrechtlerin, da die Beweislast auf Seiten des Staates lag. Das geschlossene Netz ehemaliger „Genossen“ dauert bis heute fort. Über alle Umbenennungen hinweg hat die Linke bis heute eine „Kriegskasse“ (es wird vermutet das „Die Linke“ die reichste Partei Europas ist) mit deren Hilfe beispielsweise allorts einschlägige Äußerungen zur Biographie einzelner politischer Protagonisten förmlich niedergeklagt werden, schildert Klier. „Es demokratisch aussehen lassen, aber alles in der Hand haben“ sei hierbei bis heute die Devise. Und weiter beklagt sie: „In den Jahren seit der Wiedervereinigung wurde in der Regel versäumt entsprechend von Seiten der Demokratie zu reagieren“. Auch wurde offenbar der Zeitpunkt verpasst die Medien, bzw. die Journalisten auszutauschen. Ab circa 1993 begann nach Ansicht Freya Kliers eine „Windmaschine“ zu laufen: die ostdeutsche Presse schrieb fortan in Richtung eines eindeutigen Tenors, der da lautet „Der Westen hat uns überrollt!“. Bis zum heutigen Tag werden die journalistischen Beiträge aus dem Osten im Westen – ohne sie zu

hinterfragen – übernommen. „Niemand macht sich die Mühe mal selbst nach jenen zu suchen, die anders denken und nicht in dieser hier dargestellten Elitenkontinuität stehen“, bemerkte die Referentin. Freya Klier begreift die andersdenkenden Ostdeutschen als die „Dritten Deutschen“, jene also, die aus dem Osten geflohen waren, aber zu keinem Zeitpunkt in den Prozess der Wiedervereinigung eingebunden wurden. Zwar gäbe es vereinzelte Aktive, die sich engagierten, die breite Masse aber finde bis heute kein Gehör. Das Fehlen der kritischen Intelligenz im Osten sei somit ist auch im Zusammenhang mit dem vorherrschenden Rechtsextremismus zu sehen. So waren Familienzusammenführungen bei DDR-Gastarbeitern nicht gewünscht, schwangere Frauen wurden zur Abtreibung gezwungen. Gleichzeitig, so Klier, wurde die Zeit des Nationalsozialismus nie aufgearbeitet: „In der DDR herrschte ein durchgehender Rassismus vor.“ Die ehemalige Bürgerrechtlerin unterstrich eindringlich die Notwendigkeit die fehlenden geistigen Eliten in Ostdeutschland aufzufüllen, um den dortigen Verlust aufzufangen.

Abschließend rückte Prof. Dr. Michael Kißener, Zeithistoriker an der Universität Mainz, die 68er in den Mittelpunkt des Interesses. In seinem Vortrag „1968-regional und lokal: Über Probleme und Perspektiven einer regionalen Untersuchung der Studentenunruhen von 1968“ beleuchtete er eingangs die verschiedenen Blickwinkel unter denen man sich heute dem Phänomen „68er“ nähern kann. Einerseits könne man sie, so Kißener, als eine Bewegung zum Zwecke der Bewältigung der unaufgearbeiteten Vergangenheit sehen, andererseits aber müsse man sich aber auch die „68er als Kinder der 33er“ vor Augen führen. Bislang hat – auch wenn die feuilletonistische Annäherung Konjunktur hat - eine konkrete regionale und geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung, v. a. eine empirisch fundierte, nicht stattgefunden. Allenfalls, so der Historiker, habe es eine politikwissenschaftliche Annäherung gegeben. Gerade aber bei der Untersuchung von Protestbewegungen seien lokale Gegebenheiten von besonderem Interesse. Allein der Begriff „die 68er“ zeige, wie schwer es sei, sich diesem Gegenstand der Untersu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

KARL-HEINZ B. VAN LIER

27. August 2008

www.kas.de

www.kas.de/mainz

chung anzunähern, da er als Sammelbegriff für sehr heterogene gesellschaftliche Umbrüche der damaligen Zeit stünde. Der studentische Protest jener Jahre ergab sich aus Einzelinteressen der jeweiligen Universitäten, an denen sich die Studenten gegen Missstände wandten, aus dem Protest gegen die Notstandsgesetzgebung 1968 und aus einem wachsenden internationalen politischen Gewissen heraus. Auch gab es kein kohärentes Programm, so der Referent, weswegen man leicht über 1968 in Streit geraten kann. Die Betrachtung bleibt eine Frage der Perspektive: war ´68 lediglich die Forderung nach mehr sexueller Freiheit oder waren gewaltbereite Straßenkämpfer am Werk? Der Protest gegen den Vietnamkrieg, gegen die schlechten Verhältnisse an den Universitäten und für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit sind historisch gesehen viel älter, fanden bereits in den 50er Jahren statt und wurden auch nach 1968 noch fortgeführt. Die regionale Betrachtung der Ereignisse bezieht sich in der Regel zunächst auf die großen Städte Berlin und Frankfurt/Main. Berlin hatte nicht nur die meisten Studentenproteste zu verzeichnen, sondern auch die gewalttätigsten. Hier fand sehr schnell eine Loslösung von Uni internen Fragen statt. Während die Frontstadt stark an die amerikanische Schutzmacht angebunden und stark anti-kommunistisch geprägt war, galt die Bankstadt Frankfurt als Inbegriff des kapitalistischen Wiederaufbaus in Westdeutschland. Letztere wurde zum Hort linker Gesellschaftstheorien, zum „Nimbus des geistigen Dienstsitzes“, so Kißener. Ähnlich politisierte Proteste fanden aber auch in anderen Städten, so z.B. in Bonn, Köln und Erlangen (bereits 1966/1967) statt.

Auslöser war zumeist der beginnende Wandel der deutschen Hochschulen zu den modernen Massenuniversitäten bei gleichzeitiger Politisierung der Studenten, die im Tod Ohnesorgs und im Attentat auf Rudi Dutschke ihren Höhepunkt fanden. Zu dieser Zeit ereigneten sich sehr gewaltsame Proteste u.a. auch in Saarbrücken, München und Heidelberg, die sich aber recht schnell wieder zurückentwickelten in Richtung standortabhängiger Fragen. Die Studentenproteste in Mainz in den Jahren 1969- 1971, zu

denen sich Schülerproteste gesellten, bezogen sich zumeist auf hochschulinterne Belange und waren gegen das neue Hochschulgesetz in Rheinland-Pfalz gerichtet. Die Lage entspannte sich durch die Hochschulreformen, die unter Kohl und Vogel – der zuvor Opfer eines „Pantoffel-Anschlags“ geworden war - auf den Weg gebracht wurden. Die staatlichen Behörden reagierten in Rheinland-Pfalz, wie auch in Bayern (Münchener Linie, „Unterhak-Mayer“) und Nordrhein-Westfalen mit deeskalierenden Strategien, so dass gewaltsame Auseinandersetzungen in Mainz ausblieben. „Pauschalthesen“, hält Prof. Kißener abschließend fest, „sind unhaltbar was 1968 angeht.“ Und dennoch: der vielbemühte „Marsch durch die Institutionen“ habe stattgefunden, die betreffenden Akteure haben somit heute die Gelegenheit die eigene Biographie und die ihrer Generation in ein entsprechendes Licht zu rücken.